



Minijob-Reform mehr als überfällig

Pressemitteilung von Sabine Zimmermann, 25. Juni 2013

"Wer Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung bekämpfen und mehr Gleichberechtigung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt erreichen will, kommt an einer Reform der Minijobs nicht vorbei. Dass die Bundesregierung sich beharrlich weigert zu handeln, ist zutiefst frauenfeindlich und rückwärtsgewandt. Aber auch SPD und Grüne müssen sich hier bewegen. Nur DIE LINKE hat in dieser Wahlperiode im Bundestag eine Initiative zur Gleichstellung der Minijobs mit sozialversicherungspflichtiger Arbeit vorgelegt", erklärt Sabine Zimmermann anlässlich der Vorstellung eines Vorschlags zur Reform der Minijobs durch ein Bündnis aus DGB, Sozialverbänden, kirchlichen Verbänden, Frauenorganisationen und Wissenschaftlern. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

"Zu Recht fordern Gewerkschaften, Frauen- und Sozialverbände seit Jahren, geringfügige Arbeitsverhältnisse in voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln. Denn bei den Minijobs handelt es sich um prekäre

Beschäftigungsverhältnisse, die Löhne liegen meist unterhalb der Niedriglohngrenze. Zudem tragen Minijobs in erheblichem Maße zur geschlechtsspezifischen Spaltung des Arbeitsmarktes bei: Zwei Drittel der geringfügigen Arbeitsverhältnisse werden von Frauen ausgeübt. SPD und Grüne werden sich künftig daran messen lassen müssen, ob sie hier zu einer anderen Politik bereit sind. 2011 hatte DIE LINKE einen Vorschlag in den Bundestag eingebracht, der sich weitgehend mit dem deckt, der jetzt vom Bündnis zur Reform der Minijobs vorgelegt worden ist. Dieser Initiative hatten SPD und Grüne noch die Zustimmung verweigert."